



## **Niederschrift**

34. Plenarsitzung des Gemeinderates  
25. Januar 2022, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

18.

## **Punkt 16 der Tagesordnung: Grüner Pfeil für den Radverkehr: Flächendeckende Einführung**

**Antrag: KAL/Die PARTEI**

**Vorlage: 2021/1366**

### **Beschluss:**

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

### **Abstimmungsergebnis:**

Bei 39 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zugestimmt

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 16 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Planungsausschuss am 16. Dezember 2021, verwiesen aus der Gemeinderatsitzung am 14. Dezember 2021, sowie auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

**Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI):** Die Idee mit dem grünen Pfeil im Hinblick auf Radfahrende zu erweitern, also dem Radverkehr das Rechtsabbiegen zu ermöglichen, wenn die Verkehrsampel Rot zeigt, ist nicht neu. In den Niederlanden ist das seit 1990 im Einsatz, in Frankreich und Belgien wurde er 2012 eingeführt. Mit dem Inkrafttreten der geänderten Straßenverkehrsordnung im April 2020 ist das nun auch in Deutschland möglich. Auch hier in Karlsruhe sind sicher zahlreiche Kreuzungen für den grünen Pfeil für Radverkehr geeignet. Für die konsequente Umsetzung dieser Möglichkeit spricht einiges. So wirkt sich die Maßnahme positiv auf den Verkehrsfluss für Radfahrende aus, aber auch Autofahrer profitieren, wenn parallel fahrende Radfahrer\*innen bereits die Kreuzung passiert haben. Beim Rechtsabbiegen bei Grün müssen Radfahrer\*innen schon heute den parallelen Fußgängerverkehr vorlassen, beim Rechtsabbiegen bei Rot würde sich nur der bevorrechtigte Strom der zu Fuß Gehenden, die bedingte Verträglichkeit der Verkehrsströme ändert sich dadurch nicht. Diese Entzerrung von Rad- und PKW-Verkehr erhöht zudem auch die Sicherheit zum Beispiel beim Abbiegen der Kfz, da weniger Radfahrer\*innen gleichzeitig mit dem Autoverkehr Grün haben, da sie die Kreuzung bereits verlassen haben. Die Übersichtlichkeit steigt also.

Nicht zuletzt ist der grüne Pfeil für den Radverkehr auch ein Baustein der Verkehrswende, die bekanntlich Ziel hat, den Radverkehr zu fördern. Der grüne Pfeil führt damit zu einer Beschleunigung und Komfortsteigerung des Radverkehrs und erhöht damit seine Attraktivität, und das ist allgemeines verkehrspolitisches Ziel. Wir bitten die Stadtverwaltung deshalb, aktiv nach geeigneten Straßenkreuzungen für den grünen Pfeil für Radverkehr zu suchen. Dabei sollen nicht nur die viel befahrenen Radfahrrouten entsprechend ausgestattet werden, sondern alle Stadtteile. In Ihrer Antwort wird unser Anliegen zwar positiv aufgenommen, wir wünschen uns aber mehr Verbindlichkeit und stellen deshalb unseren Antrag zur Abstimmung.

**Stadtrat Löffler (GRÜNE):** Ich kann mich dem Kollegen Haug in den inhaltlichen Argumenten für den grünen Pfeil für Radverkehr vollends anschließen und auch bezugnehmend der Antwort der Verwaltung. Es wird zwar gutgeheißen und es steht drin in der Antwort, dass man sukzessive prüfen will und dann nach und nach die Kreuzungen angeht. Dann könnte eigentlich in der Verwaltungsvorlage noch stehen, dann machen wir das vielleicht in den nächsten 10 bis 30 Jahren. Das ist eigentlich nicht das, was wir uns als Fahrradhauptstadt in Karlsruhe vorstellen. Deswegen stimmen wir dem Antrag ebenso zu, wie gefordert von der KAL. Das ist eine Sache, da kann man mit einem gewissen Paukenschlag auch sagen, es gibt eine neue Möglichkeit in der Straßenverkehrsordnung, die können wir als Kommune umsetzen. Deswegen gehen wir in diesem Jahr 50 Kreuzungen an und machen da einen Haken dran und nicht alles auf die lange Bank schieben. Deswegen stimmen wir diesem Antrag auch zu.

**Stadtrat Müller (CDU):** Nicht alles, was rechtlich per se möglich ist, ist auch sinnvoll, vor allem dann nicht, wenn man in einer mehr oder weniger ad-hoc-Maßnahme flächendeckend diesen grünen Pfeil installieren möchte. Ich glaube, es wäre sehr sinnvoll, mit einem gewissen Augenmaß im Einzelfall, auch unter Berücksichtigung der allgemeinen Verkehrssicherheit, die auch eine Straßenverkehrsbehörde als Untere Verwaltungsbehörde tunlichst zu beachten hat - das setzt der Gesetzgeber hier keinesfalls außer Kraft -, darauf hinzugucken und auch mit Sorgfalt zu prüfen, wo es unter der Maßgabe der rechtlichen Voraussetzungen, aber auch unter den Maßgaben der allgemeinen Verkehrssicherheit möglich ist, den grünen Pfeil zu platzieren. Da soll er dann auch kommen, das ist gar keine Frage. Aber einfach zu sagen, jetzt machen wir es flächendeckend, jetzt gibt es die nächste Variante zu sagen, machen wir vielleicht nicht flächendeckend, sondern im ersten Absatz 50 mehr oder weniger, so nach dem Gießkannenprinzip, ohne zu gucken, ob ich auch die größtmögliche sorgsame Verkehrssicherheit ins Auge fasse, das halten wir dann doch für überzogen. Das heißt im Prinzip auch nichts anderes, wenn der Antragsteller auf diese flächendeckende Ausweisung des grünen Pfeils derart beharrt, dann müssten wir der Verwaltung eigentlich folgen und den Antrag ablehnen.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Herr Kollege Müller, ich kann nicht in der Antwort der Verwaltung die negative Einschätzung von Ihnen, dass sie es ablehnt, erkennen. Es sind sicherlich viele Ampeln geeignet für diesen Rechtsabbiegerpfeil für den Radverkehr. Das müssen wir in der einen oder anderen Stelle tatsächlich auch anbringen. Ob alle geeignet sind, kann ich im Moment natürlich nicht beurteilen. Wahrscheinlich ist so etwas in Hauptverkehrsstraßen deutlich schwieriger. Letztendlich - das sagt zumindest die Verwaltung - muss die Straßenverkehrsbehörde jede Ampel prüfen auf die Verkehrssicherheit. Dem können wir natürlich nur folgen. Aber es ist auf jeden Fall auch ein Beitrag für unser Programm zur aktiven Mobilität. Wir sind dafür, dieses neue Verkehrszeichen - es existiert erst seit 2020 - tatsächlich auch in Karlsruhe einzuführen. Es ist etwas klarer als das neue Carsharing-Verkehrszeichen von der Bedeutung her und wird sicherlich angenommen werden.

Rote Ampeln, die zu lange Wartezeiten haben, stören die Radfahrer auf jeden Fall. Daher begrüßen wir den Antrag, dass er zumindest eingeführt und in Karlsruhe auch umgesetzt wird. Es wird sicher keine Jahre dauern, bis er tatsächlich verwirklicht wird.

**Stadtrat Jooß (FDP):** Der grüne Pfeil ist ein Kind der alten DDR. Auch wir können speziell beim Rechtsabbiegen für Radfahrer profitieren, denn dieser Verkehrsfluss wird sichtlich verbessert. Aber eventuelle Unfallzahlen, die hier auch auftreten können, müssen evaluiert werden. Wir stimmen dem Antrag von der KAL gerne zu, und sind froh, dass dieser Antrag gestellt wird. Der ist eigentlich schon lange überfällig, speziell für uns Radfahrer.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Der Fuß e.V., das ist der Fachverband Fußverkehr Deutschland, meint zum Thema, die Legalisierung des Rechtsabbiegens bei Rot ist grundsätzlich sinnvoll, wenn die Sicherheit und das Wohlbefinden des Fußverkehrs nicht beeinträchtigt werden. Leider ist aber genau das bei der mit heißer Nadel gestrickten Neuregelung der Straßenverkehrsordnung zu erwarten. Ohne Abschluss und Auswertung der noch laufenden Forschungsvorhaben der Bundesanstalt für Straßenwesen zum Fahrrad-Grünpfeil, hatte der Bundesverkehrsminister im November 2019 dem Bundesrat die Einführung des Rechtsabbiegepfeils für Fahrräder vorgeschlagen. Schon wenige Wochen später wurde das neue Verkehrszeichen im Rahmen der jüngsten StVO-Novellierung eingeführt. In der Hektik wurde übersehen, dass der grüne Fahrradrechtsabbiegepfeil grundlegende Schwächen hat. Er wurde aus dem für den gesamten Fahrzeugverkehr geltenden Grünpfeil gebastelt, der ebenfalls ohne ausreichende Vor- und Begleituntersuchungen eingeführt worden war. Denn es bleibt festzuhalten, bei Rot fahren, ist nicht konfliktfrei, was der deutsche Grünpfeil aber nicht vermittelt. Konstruktionsfehler und Grundübel beim allgemeinen Grünpfeil sowie dem Fahrradgrünpfeil sind jeweils Farbgebung und Ähnlichkeit mit Lichtsignalen, die eine völlig andere Bedeutung haben. Das normale Grünlicht für den Fahrzeugverkehr bedeutet, dass abbiegende Fahrzeuge den etwaigen Vorrang von entgegenkommenden Fahrzeugen und den Fußgängern, die die um die Ecke gelegene Furt queren müssen, gewähren müssen. Das sehr ähnlich aussehende Verkehrszeichen 720 Grünpfeil und der neue Fahrradgrünpfeil Zeichen 721 gebieten jedoch eine völlig andere Verkehrsregel. Nach dem Anhalten ist das Abbiegen nach rechts auch bei Rot erlaubt. Dabei muss man sich so verhalten, dass eine Behinderung oder Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer, insbesondere des Fußgänger- und Fahrzeugverkehrs, der freigegebenen Verkehrsrichtung ausgeschlossen ist, soweit die Stellungnahmen des Fuß e.V.

Meine Damen und Herren, Sie glauben nicht ernsthaft, dass irgendein Radfahrer bei einem Grünpfeil tatsächlich erst anhalten würde. Nein, der, die oder das Rad fahrende Wesen saust zweifellos gleich mit Schmackes, scheinbar umweltbewusst, um die Ecke. Kollateralschäden bei Fußgängern wären wegen des vermeintlich Weltklima-rettenden Effektes der Radraserie in Kauf zu nehmen. Nein, nicht mit uns, wir lehnen diesen Antrag ab.

**Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.):** Es ist immer schön, wie groß die Lobby für den Fußverkehr ist, wenn es um den Radverkehr geht. Das finde ich immer schön, wenn es bei anderen Themen auch so wäre. Grundsätzlich kann ich die Aufregung nicht so ganz teilen. Ich glaube, der Antrag ist definitiv sinnvoll, dass wir den auf den Weg bringen. Ich glaube, die Erwartungshaltung wurde auch von einigen Fraktionen geteilt, dass man auch eine zeitnahe Umsetzung erwartet. Das kann man dementsprechend dann der Verwaltung mitgeben.

Wir würden auch definitiv heute diesem Antrag zustimmen. Ich glaube, generell haben wir bei der Mobilitätspolitik immer wieder Diskussionen über den Wunsch nach einem höheren Tempo und dem, was die Verwaltung leisten kann, und vielleicht ist das eine Diskussion, die wir an anderer Stelle führen müssen und nicht in dieser großen Runde. Also, Zustimmung von unserer Seite.

**Der Vorsitzende:** Zwei Bemerkungen von mir. Sie können den Antrag jetzt zur Abstimmung stellen und mit großer Mehrheit zustimmen - Herr Wenzel, ich habe Sie jetzt gesehen, aber da müssen Sie sich halt vorher melden -, aber wenn wir jetzt einen Paukenschlag machen und hier alle Kreuzungen untersuchen, dann fehlt die personelle Kapazität für andere Paukenschläge, die Sie auch schon beschlossen haben. Wir haben immer nur ein begrenztes Maß an Personal, die sich mit diesen Themen beschäftigen können. Eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung haben wir Ihnen versprochen, eine bessere Rücksichtnahme auf Fußverkehr und vieles andere mehr. Ich nehme das als Priorität dann zur Kenntnis. Aber wir können trotzdem zum einen nicht davon absehen, jede einzelne Kreuzung zu prüfen, und wir können zum Zweiten es auch nur dann tun, wenn es sich ein Stück weit in die anderen Abläufe miteinbinden lässt, weil wir nicht unbegrenzt dafür Zeit haben.

Zweitens, meine tägliche Beobachtung ist leider so, dass auch ohne diesen grünen Pfeil viele Fahrradfahrer einfach abbiegen. Die nehmen nach meiner Erfahrung bisher nicht das ausreichende Maß auf querende Fußgänger\*innen Rücksicht, sowohl bei der abbiegenden Straße als auch auf die Straße, auf die abgebogen wird. Deswegen müssen wir uns schon damit beschäftigen, in welchen Kreuzungen das auch vom Anschluss auf den Fahrradweg, auf den das dann mündet, zum Beispiel sinnvoll ist, wie es mit den Sichtverhältnissen aussieht usw. Wir müssen dann auch schauen, wie wir den Menschen transportieren, dass ein grüner Pfeil weniger bevorzugt als eine grüne Ampel. Dass man immer auf alle achten muss, wissen wir ja seit der Fahrschule, aber realiter nimmt man sich bei einer grünen Ampel schon heraus, dass eigentlich keiner im Weg stehen darf, es sei denn, es ist dann der querende Verkehr in die Straße, in die man abbiegt. Aber hier geht es auch um die, die einfach direkt an der Kreuzung querenden wollen.

Also, soweit würde ich dann den Auftrag annehmen, wenn sich eine Mehrheit findet. Dass bei Ihnen die Antwort der Verwaltung ein bisschen unambitioniert rüberkommt, bedauere ich. Aber wie gesagt, ich habe dargestellt, dass es jetzt auch falsch wäre, Ihnen zu signalisieren, das können wir mal eben so in der ganzen Stadt flächendeckend machen. Es wird in unser normales Portfolio des Ausbaus der Stadt zu einer freundlicheren und aktiveren Stadt in Bezug auf die umweltverträglichen Verkehre natürlich einfließen. Wir werden natürlich auch jede Kreuzung untersuchen, die wir sowieso anfassen, und wir werden uns auch sicherlich an besonders geeigneten Stellen das sofort angucken, das ist ja klar. In der Südstadt ist schon ein Vorschlag gekommen, Nebeniusstraße/Ecke Ettlinger Straße. So etwas können wir dann immer kurzfristig klären, aber flächendeckend kann ich es Ihnen hier wirklich im Moment nicht zusagen.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Noch einmal die Ausführungen, die Sie zum Schluss gemacht haben oder auch Bedenken, die aus dem Haus kamen. Das ist doch - in Anführungszeichen - klar.

Ich gehe jetzt auf das ein, was Sie gesagt haben. Natürlich fordert der Antrag nicht explizit, jetzt ab sofort an jeder Kreuzung wird der grüne Pfeil montiert, sondern wir haben geschrieben, dass praktisch geschaut wird, wo man es machen kann. Natürlich muss das in den Ablauf der Verwal-

tung passen. Das ist ganz klar. Aber wir möchten - vor allem jetzt auch im Hinblick auf die Signale hier aus dem Haus - schon ein politisches Signal setzen, also ein Signal setzen, dass es politisch hier von einer Mehrheit gewollt wird im Haus oder eben auch nicht. Das wird man sehen. Darum wollen wir etwas verbindlicher durch diese Abstimmung den Punkt haben.

Ein Satz noch zu Ihrer Aussage und die teilweise auch in Leserbriefen schon genannt wurde: Na ja, das brauchen wir nicht, weil die Fahrradfahrer biegen sowieso alle rechts ab oder dass man das beobachtet auch bei Rot. Dann sage ich es jetzt ein bisschen ironisch: Dann tragen wir auch dazu bei, dass praktisch in solchen Situationen die Radfahrer entkriminalisiert werden.

**Der Vorsitzende:** Sie haben mich missinterpretiert. Ich habe nicht gesagt, das brauchen wir nicht, weil es eh schon alle tun. Ich sage, obwohl es jetzt verboten ist, tun es manche schon so, dass es die Fußgänger gefährdet. Dann weiß ich nicht, wie es mit dem grünen Pfeil ist. Nein, ist okay, wenn Sie es so auslegen, Ihren Beschluss. Ich kann dem auch gut zustimmen in der Sache. Das ist überhaupt kein Thema. Aber erwarten Sie nicht, dass wir das dann mal eben in wenigen Wochen flächendeckend umgesetzt kriegen. Das wäre jetzt trotz alles Unterstreichens von Ihnen nicht leistbar und auch nicht sinnvoll.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Ich wollte auch nur noch kurz nachhaken, weil das für uns jetzt nicht klar war. Ich denke, grundsätzlich sind fast alle positiv mit diesem Antrag. Wir denken, das ist ein gutes Zeichen. Aber uns ging es genau darum, und so hat es der Kollege Müller gesagt, dass jetzt nicht flächendeckend im Hauruckverfahren alles gemacht wird. So hatte ich auch ein bisschen - aber vielleicht habe ich ihn auch falsch verstanden - den Kollegen Löffler verstanden. Es muss jetzt die 50 direkt gemacht werden. Ich denke, das ist es nicht. Es ist ein gutes Verfahren. Fließender Verkehr ist immer besser als stockender Verkehr. Von daher wäre uns schon noch wichtig, wie klar man jetzt ein Meinungsbild will. Also, eigentlich hätte sich meiner Ansicht nach sogar mit Ihrer Zusage der Antrag erledigt, dass Sie es prioritär machen. Die Verwaltungsantwort sehe ich auch so, dass es aber jetzt nicht im Hauruckverfahren direkt ganz schnell umgesetzt werden kann, prioritär. Damit können wir auch mit leben sicherlich, aber eben auch nach sorgfältiger Prüfung.

Denn gerade uns war wichtig, dass vor allem die Sicherheit an erster Stelle noch einmal geprüft wird. Denn es gibt doch einige Kreuzungen, die kenne ich zum Beispiel auch, und ich bin auch großer Fan des grünen Pfeils, aber da muss ich sagen, da ist er nicht sinnvoll, und bei einigen Stellen ist er sogar schon weggekommen, weil man ihn zu schnell eingeführt hat. Ich denke, das sollte doch im Sinne von uns allen sein, dass man dort, wo man ihn einführt, ihn auch langfristig einführt. Denn das ist für die Bürgerinnen und Bürger wirklich auch sehr wichtig, dass sie wissen, da darf ich und da darf ich nicht. Ansonsten kommt es wirklich auch zu vermehrten Unfällen.

**Der Vorsitzende:** Ein Beschluss von Ihnen, der uns noch mal unterstreicht, wenn er denn eine Mehrheit findet, dass das ein gutes Instrument ist. Ich würde dem auch zustimmen, sonst wäre die Antwort auch nicht so ausgefallen. Der entbindet uns nicht von einer sorgfältigen Prüfung der Sicherheit an jeder Kreuzung, der Umsetzbarkeit als Untere Straßenrechtsbehörde. Darauf wollte ich einfach noch mal verweisen. Es muss mit den anderen Maßnahmen, die wir mit Ihnen schon besprochen haben, in einen gewissen Gesamtkontext gehen. Wir können nicht alle vier Wochen etwas prioritär setzen und alles andere dann sein lassen. So haben Sie es nicht

gemeint, aber es gab hier ein bisschen euphorisierte Erwartungen, und die muss ich ein bisschen sozusagen zurechtrücken.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Herr Oberbürgermeister, ich lasse Ihnen das jetzt noch einmal durchgehen, weil Sie in Ihrem Redebeitrag genau das gesagt haben, was wir als Fraktion sagen wollten. Die Sicherheit geht immer vor dem schnellen Schuss, wollte ich sagen. Ich wollte noch ergänzen, dieses Verkehrszeichen 721 kann dann nach sinnvoller Prüfung und nach der Prüfung der Machbarkeit in der Stadt mit der Vorwahl 721 realisiert werden, genauso, wie Sie es vorgeschlagen haben. Ich weiß, hier hinten ist es sehr schwierig, mich zu sehen, aber ich werde mich bemühen, noch ein bisschen in Zukunft höher zu strecken.

**Der Vorsitzende:** Wir arbeiten weiter beide dran, Herr Wenzel.

Damit kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
8. Februar 2022